



Sozialdemokratisches Profil schärfen!

Erklärung der 1. Parlamentariertagung der SPD-Linken

Am 3. und 4. Mai 2015 sind in Berlin 60 Abgeordnete aus Landtagen, dem Bundestag und dem Europäischen Parlament zur 1. Parlamentariertagung der Parlamentarischen Linken der SPD zusammengekommen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand das gemeinsame Ziel, durch verbesserte Zusammenarbeit und Abstimmung das sozialdemokratische Profil in den Parlamenten weiter zu schärfen. Hierfür wurden abgestimmte gemeinsame Initiativen verabredet:

1. Die SPD muss sich auf allen Ebenen für einen **Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik** einsetzen. Dabei müssen wir die Bekämpfung von Fluchtursachen endlich in den Mittelpunkt stellen. Schlepperkriminalität werden wir bekämpfen, nötig sind dafür auch legale Einwanderungswege in die Länder der EU. Nicht Abschottung, sondern Menschlichkeit und Integration müssen handlungsleitende Motive der europäischen Flüchtlingspolitik sein. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen zügig ein eigenständiges Seenotrettungsprogramm einrichten, dass klar getrennt vom Grenzschutz operiert. Länder und Kommunen müssen bei der Flüchtlingsaufnahme schnell und dauerhaft vom Bund unterstützt werden. Wir müssen endlich handeln - nur Sprachregelungen zu vereinbaren, ist zu wenig!
2. Soziale Gerechtigkeit ist für uns der zentrale Ansatzpunkt. Verteilungsentscheidungen finden zuallererst auf dem Arbeitsmarkt statt. Deshalb ist und bleibt es richtig, dass die SPD die Partei **für eine gerechte Arbeitsmarktpolitik** bleibt. In der Auseinandersetzung um den Mindestlohn, die Begrenzung von Leiharbeit und Werkverträgen, Entgeltgleichheit bei Männern und Frauen sowie der Bekämpfung von prekärer Beschäftigung dürfen wir keinen Millimeter zurückweichen. Der Koalitionsvertrag gilt - auch für die Union! Wir wollen der Arbeitslosigkeit den Nachwuchs nehmen: Um Beschäftigung zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit, muss mittelfristig mehr Geld für die Integration von Langzeiterwerbslosen mobilisiert und ein sozialer Arbeitsmarkt geschaffen werden.
3. Nur eine gerechte **Steuerpolitik** sorgt dafür, dass die Handlungsfähigkeit der Kommunen, der Länder und des Bundes erhalten bleibt. Wer die Schuldenbremse einhal-

ten und Politik aktiv gestalten will, muss auch über die Einnahmeseite reden! Angesichts wachsender Ungleichheit brauchen wir eine Politik, die auch durch Steuern die Verteilung von Einkommen und Vermögen beeinflusst. Die SPD hat dafür ein gutes steuerpolitisches Konzept beschlossen, das weiterhin gilt. Mit dieser Politik stärken wir Investitionen, Nachfrage und wirtschaftliches Wachstum. Wir begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftssteuer und fordern, dass hohe Erbschaften stärker herangezogen werden. Um die Bildungspolitik in den Ländern zu stärken, muss das Aufkommen bei einer Reform der Erbschaftssteuer deutlich erhöht werden. Zur Eindämmung spekulativer Geldanlagen muss in Europa zügig eine Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage eingeführt werden. Wir fordern den Bundesfinanzminister auf, bei den laufenden Verhandlungen endlich für einen Durchbruch zu sorgen. Auch die Abgeltungssteuer muss zügig aufgehoben und der üblichen Besteuerung unterworfen werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

4. Die SPD muss die Sorgen der Menschen zu den Verhandlungen über die **Freihandelsabkommen** TTIP und CETA ernst nehmen. Wir müssen sicherstellen, dass Standards und Arbeitnehmerrechte nicht abgesenkt werden und dass die öffentliche Daseinsvorsorge nicht gefährdet wird. Insbesondere private Schiedsgerichte zum Investitionsschutz lehnen wir ab. Stattdessen muss eine öffentliche internationale Handelsgerechtigkeit aufgebaut werden. Verbesserte Standards und Grundrechte dürfen weder durch regulatorische Vorgaben noch durch unbestimmte Regelungen in den Verträgen ausgehebelt werden.